



Demografischen Wandel gestalten

Sorgende Gemeinschaft in der Kommune

Eine Informationsbroschüre des Behörden Spiegel
gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Inhalt

Grußwort des Gerontologen Prof. Dr. Andreas Kruse	3
Sorgende Gemeinschaft Der Demografiegipfel der Bundesregierung entwickelt ein Konzept zum „Selbstbestimmten Altern“	4
Sorge und Mitverantwortung 7. Altenbericht der Bundesregierung nimmt die Rolle der Kommunen in den Blick	8
»Familien sind Verantwortungsgemeinschaften« Interview mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder	9
Knotenpunkte einer Sorgenden Gemeinschaft Mehrgenerationenhäuser als zentrale Anlaufstellen für alle Altersgruppen	10
Ehrenamtskoordinatoren und Tagescafés Interview mit der BAGSO-Vorsitzenden Prof. Dr. Ursula Lehr	12

Impressum

Eine Informationsbroschüre des Behörden Spiegel

Redaktionelle Leitung: Carsten Köppl, Behörden Spiegel

Chefredakteur: R. Uwe Proll (V.i.S.d.P.), Behörden Spiegel

Bildnachweis: © Alexander Raths/Fotolia (S. 1); Helene Souza/Pixelio (S. 2); privat (S. 3); Carsten Köppl (S. 4); Christian Korne, Maïke Gries/www.programm-altersbilder.de (S. 5); Rainer Sturm/Pixelio (S. 6); © absolut/Fotolia (S. 7); © Chariclo/Fotolia (S. 8); BMFSFJ/© L. Chaperon (S. 9); Illustrationen: Beate Dach (S. 10-11); MOBILE - Verein für Gesundheits- und Familienbildung e.V. (S. 11); Klaus Dombrowsky (S. 12)

Verlag: Herausgegeben von der ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Bonn

Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de, Tel.: 0228/970 97-0, 030/55 74 12-0, www.behoerdenspiegel.de

Druck: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

Satz und Layout: Beate Dach, Spree Service GmbH, Berlin

Diese Informationsbroschüre wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.
Sie gibt es auch digital unter www.behoerden-spiegel.de/Executive-Briefings/Sorgende-Gemeinschaft.

Grußwort

Die Verwirklichung der Stärken und Kräfte des Alters – auch in Beziehungen zu anderen Menschen – die Inklusion und Teilhabe älterer Menschen, schließlich deren Unterstützung im Falle eingetretener Notlagen sind an entsprechende Gelegenheits- und Hilfsstrukturen gebunden, wie sich diese in einer Kommune, in einem Wohnquartier bieten. Inwieweit sehen sich ältere Menschen dazu motiviert, innerhalb der Kommune oder des Wohnquartiers Verantwortung zu übernehmen, inwieweit bietet sich ihnen dazu die Möglichkeit?

Diese Frage berührt auch die Bereitschaft und Kompetenz der Kommunen, entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die ältere Menschen zum bürgerschaftlichen Engagement motivieren und dieses Engagement ermöglichen – in den Beziehungen zwischen den Generationen wie auch innerhalb der eigenen Generation. Alter (auch das sehr hohe Alter!) und mitverantwortliche Lebensführung schließen keinesfalls einander aus, im Gegenteil: Das Gefühl, von anderen Menschen gebraucht zu werden, deren Entwicklung, deren Lebenssituation fördern und befruchten zu können, bildet ein bedeutendes Motiv vieler Menschen bis ins sehr hohe Alter. Die aus dem bürgerschaftlichen Engagement hervorgehende Mitverantwortung ist dabei auch in ihren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit hauptamtlich tätigen Frauen und Männern zu betrachten (Prinzip der geteilten Verantwortung).

»Das Gefühl, von anderen Menschen gebraucht zu werden, bildet ein bedeutendes Motiv vieler Menschen bis ins hohe Alter.«

Die Frage der Inklusion und Partizipation, die Frage der Aufrechterhaltung von Selbstständigkeit und Selbstverantwortung gewinnt im Falle zunehmender Verletzlichkeit und damit verbundenen Hilfebedarfs zusätzlich an Bedeutung: Sind die Wohn- und Verkehrsbedingungen, sind die räumlichen Umweltbedingungen so beschaffen, dass die Mobilität älterer Menschen sichergestellt ist? Existiert eine über die professionellen Dienste hinausgehende, auf bürgerschaftlichem Engagement gründende Sorgeskultur, verstanden als Kultur praktizierter Mitverantwortung? Wird dieses Engagement in ausreichendem Maße durch hauptamtlich tätige Personen unterstützt?

Mit diesen Fragen befasst sich der Siebte Altenbericht der Bundesregierung. Er zielt auch darauf, die in den Kommunen gegebene Situation sowie die Erwartungen der Kommunen an die Bundes- und Landespolitik differenziert darzustellen. Denn eines muss klar sein: Man kann nicht immer neue Erwartungen an die Kommunen stellen, ohne gleichzeitig deren Ressourcen entsprechend auszubauen – dies gilt auch mit Blick auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen vor Ort.



Prof. Dr. Andreas Kruse ist ein bedeutender Vertreter der deutschen Altersforschung. Er leitet das Institut für Gerontologie (IfG) an der Universität Heidelberg. Kruse ist Vorsitzender der zehnköpfigen Sachverständigenkommission des Siebten Altenberichts zum Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Der Bericht soll bis zum Frühjahr 2015 fertiggestellt werden.

Sorgende Gemeinschaft

Viele Ältere wollen bis ins hohe Alter aktiv leben und sich für die Gemeinschaft engagieren. Gleichzeitig wollen sie sich aber auch auf gegenseitige Hilfe verlassen können, wenn sie selbst Unterstützung benötigen.



„Es ist wichtig, dass jede Generation ihren Teil der Verantwortung übernimmt“, appellierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung.

Mit ihrer Demografiestrategie stellt sich die Bundesregierung den Herausforderungen des demografischen Wandels für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ergebnisse der neun Arbeitsgruppen wurden auf dem 2. Demografiegipfel am 14. Mai vorgestellt. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesfamilienministeriums hat in diesem Rahmen ein strategisches Konzept „Selbstbestimmt altern“ entwickelt. „Mit den Potenzialen verfügbarer Zeit, besserer Gesundheit und höherer

»Mit den Potenzialen verfügbarer Zeit, besserer Gesundheit und höherer Bildung für die Einzelnen gewinnen die Möglichkeiten älterer Menschen, einen Beitrag zum Gelingen von Gesellschaft zu leisten, an Bedeutung.«

Bildung für die Einzelnen gewinnen gleichzeitig die Möglichkeiten älterer Menschen, einen Beitrag zum Gelingen von Gesellschaft zu leisten, an Bedeutung“, heißt es in dem Konzept.

Die höhere Lebenserwartung ist heute mit deutlich verbesserten Gesundheits- und Lebenschancen verbunden, Chancen für ein aktives Alter. Der Aktivität älterer Menschen Raum, Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabebegelegenheiten zu geben, zieht sich als roter Faden durch die Themen, die die Arbeitsgrup-

»Sorgende Gemeinschaften tragen dazu bei, dass Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf als vollwertige Mitglieder in der Gemeinschaft integriert bleiben, sich aufgehoben fühlen und sich auf Unterstützung verlassen können.«

pe diskutiert hat: vom Wohnen über Prävention, Gesundheit und Sport bis zu bürgerschaftlichem Engagement und der Beteiligung an Entscheidungen in der Kommune. Im Alter aktiv zu leben, ist ein Bedürfnis und gleichzeitig mehr als das: Aktivität hält fit und verbessert damit die Voraussetzungen für weitere Gesundheit und Aktivität.

Der zweite rote Faden im strategischen Konzept der Arbeitsgruppe ist der Anstieg der Zahl älterer Menschen, die Unterstützung und Pflege brauchen. Auch sie sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv. Strukturen und Angebote für ein aktives Alter sollten ihnen daher, soweit es geht, zur Verfügung stehen, zum Beispiel durch barrierefreie Zugänge oder Besuche zuhause.

Sorgende Gemeinschaften

Gleichzeitig erfordern die Situation und die Bedürfnisse von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf besondere Vorkehrungen. Beide Aspekte des Altwerdens fasst die Arbeitsgruppe unter dem Leitbild „Sorgende Gemeinschaften“ zusammen. In Sorgenden Gemeinschaften übernehmen ältere Menschen einen aktiven Part und engagieren sich für das Gemeinwohl. „Sorgende Gemeinschaften tragen gleichzeitig dazu bei, dass Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf als vollwertige Mitglieder in der Gemeinschaft integriert bleiben, sich aufgehoben fühlen und sich auf Unterstützung verlassen können.“

Sorgende Gemeinschaften sind mehr als ein neues Wort für soziales Mitein-

ander. In der Umsetzung umfassen sie auch Orte, an denen Menschen einander begegnen, Beteiligungsverfahren, eine Zusammenarbeit von Kommune, privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Trägern, kurz: die Form, wie gemeinsames Tun und gegenseitige Hilfe in überschaubaren Räumen organisiert wird und funktioniert.

Lokale Infrastruktur

In ihrer Einschätzung der gegenwärtigen Situation stellt die Arbeitsgruppe fest: „Während in ländlichen Räumen die Angebote für ein selbstbestimmtes Leben besonders unterstützt werden müssen, scheint es in urbanen Räumen aktuell weniger drängend, das Gesamtangebot quantitativ auszubauen, als die bestehenden Angebote besser zu vernetzen und bekannt zu machen.“ Daraus folgt die Empfehlung vernetzter Anlaufstellen im Wohnviertel, die als Knotenpunkte für Information, Beratung, Begegnung und Unterstützung



Aktiv für die Gemeinschaft: Mentoren der Generation 60+ geben ihre Lebenserfahrung an Jüngere weiter (Bild oben). Vier Generationen im Einsatz für die Gesellschaft (Bild unten).



>>>

Daten und Fakten

Heute liegt der Anteil der Generation 65+ bei gut 17 Prozent. Das Statistische Bundesamt rechnet bis zum Jahr 2030 mit einem steigenden Anteil von über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung auf mindestens 22 Prozent. Gut jeder fünfte Einwohner in Deutschland wird also 2030 über 65 Jahre alt sein. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Pflegebedürftigen immer weiter an. 2009 gab es rund 2,3 Mio. Pflegebedürftige, 2011 waren es bereits 2,5 Mio. Bis zum Jahr 2030 rechnen Statistiker mit einem massiven Anstieg auf etwa 3,4 Mio. Menschen, die ambulanter oder stationärer Pflege bedürfen. Derzeit werden mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zuhause versorgt. Dies entspricht auch dem Wunsch der Bevölkerung, die laut Umfragen mit großer Mehrheit im Alter zuhause oder im Kreise der Familie gepflegt werden möchte.



»Unterstützungs- und Pflegebedarf unter den Bedingungen des demografischen Wandels erfordert das Zusammenwirken von Eigenverantwortung, familiärer Unterstützung, bürgerschaftlichem Engagement, professionellen Sozialdiensten und staatlicher Absicherung.«

funktionieren. Sie bündeln Angebote an einem Ort, an dem bürgerschaftliches Engagement ebenso „andocken“ kann wie familienunterstützende Dienstleistungen. Die bundesweit etablierten Mehrgenerationenhäuser sind ein Beispiel für solche Anlaufstellen und als Aktionsprogramm des Bundesfamilienministeriums gleichzeitig ein Beispiel für das Engagement des Bundes in diesem Bereich.

Altersgerechtes Wohnen

Weiteres Engagement ist beim altersgerechten Wohnen nötig. Damit ältere Menschen selbstbestimmt in ihrem

vertrauten Umfeld leben können, sind in den kommenden Jahrzehnten Neu- und Umbauten von mehreren Millionen Wohnungen erforderlich: eine Herkulesaufgabe, die nach Ansicht der Arbeitsgruppe auf gezielte staatliche Förderung angewiesen ist.

Neben einer barrierefreien oder zumindest barrierearmen Gestaltung und Ausstattung gewöhnlicher Wohnungen zählen dazu auch besondere Wohnformen bei Unterstützungs- und Pflegebedarf, z.B. ambulant betreute Wohngemeinschaften. Sie bieten eine Alternative zur stationären Betreuung im Pflegeheim und werden mit dem

Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz zusätzlich unterstützt. Die kleinräumige Organisation ambulanter Pflege betrachtet die Arbeitsgruppe insgesamt als strategische Zukunftsaufgabe. „Unterstützungs- und Pflegebedarf unter den Bedingungen des demografischen Wandels erfordert das Zusammenwirken von Eigenverantwortung, familiärer Unterstützung, bürgerschaftlichem Engagement, professionellen Sozialdiensten und staatlicher Absicherung.“

Eine weitere Zukunftsaufgabe stellt sich in der Gewinnung von Fachkräften in den Pflegeberufen. Mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive

Daten & Fakten

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ der Demografiestrategie der Bundesregierung

VORSITZ:

- > **Dr. Kristina Schröder**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

KO-VORSITZ:

- > **Prof. Dr. Wolfgang Schuster**, Oberbürgermeister a.D., Leiter des Instituts für Nachhaltige Stadtentwicklung (INSE GmbH)

MITGLIEDER:

- > **Andreas Storm**, Minister für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes
- > **Jacqueline Kraege**, Chefin der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz
- > **Dr. Irene Vorholz**, Deutscher Landkreistag
- > **Gesine Kort-Weiher**, Deutscher Städtetag
- > **Ursula Krickl**, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- > **Ute Blessing-Kapelke**, Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)
- > **Tobias Nowoczyn**, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) e.V.
- > **Ira von Cölln**, Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland
- > **Rolf Papenfuß**, Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

- > **Martin Schmitz**, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)
- > **Prof. Dr. Ursula Lehr**, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)
- > **Prof. Dr. Angelika Sennlaub**, Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.
- > **Dr. Monika Kücking**, GKV-Spitzenverband
- > **Dieter Berg**, Robert Bosch Stiftung
- > **Dr. Lothar Dittmer**, Körber-Stiftung
- > **Stephan Groschwitz**, Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
- > **Prof. Dr. Andreas Kruse**, Universität Heidelberg
- > **Prof. Dr. Martina Wegner**, Hochschule für angewandte Wissenschaften München

FEDERFÜHRENDES RESSORT:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

MITWIRKENDE RESSORTS:

Bundeskanzleramt, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Gesundheit

Altenpflege, die die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und Verbänden eingeleitet hat, soll die Aus-, Fort- und Weiterbildung gestärkt und das Berufsfeld insgesamt attraktiver werden.

Demografie-Dialog

Aufgrund der regional unterschiedlichen Voraussetzungen, Perspektiven und Möglichkeiten kann es kein einheitliches Rezept zum Umgang mit dem demografischen Wandel für alle Kommunen geben. Aber es gibt Gemeinsamkeiten. Neben der Forderung, gute Ansätze und Beispiele stärker auszutauschen und damit zu verbreiten, empfiehlt die Arbeitsgruppe ganzheitliches Handeln und Beteiligung. Ganzheitlich, weil Generationenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Sie bietet die Chance einer Abstimmung von Sozial- und Wohnungspolitik, Quartiersplanung und anderer Handlungs- und Politikfelder unter dem Dach der Gestaltung des demografischen Wandels. Und mit Beteiligung derjenigen, die heute und in Zukunft betroffen sind. „Politik für eine älter werdende Gesellschaft muss mit den Bürgerinnen und Bürgern, ob alt oder jung, und mit ihren Interessenvertretungen gemeinsam gestaltet werden: im „Demografie-Dialog“.

Die hohe Bedeutung von Teilhabe und Gemeinsamkeit führt zurück zum Leitbild Sorgender Gemeinschaften, die auf Selbst- und Mitverantwortung beruhen und dabei weiten Raum für Eigeninitiative und Engagement eröffnen. An ähnlichen Leitbildern orientieren sich auch die Arbeiten am 7. Altenbericht und am 2. Engagementbericht. Das strategische

Konzept „Selbstbestimmt altern“, der 2. Demografie Gipfel und die dort vorgestellten Maßnahmen sind insofern Zwischenschritte. Während es auf lokaler Ebene darauf ankommt, für die Umsetzung der strategischen Handlungsempfehlungen einzutreten und dabei an bestehende Initiativen und Strukturen anzuknüpfen, wird die Arbeitsgruppe selbst weiter bestehen bleiben. Die Bundesregierung will die Demografiestrategie als Dialogprozess fortsetzen.



Vom Zusammenhalt der Generationen profitieren Jung und Alt. Dies gilt es, für die Zukunft weiter zu stärken.

Weiterführende Informationen:

www.demografie-portal.de

Demografieportal des Bundes und der Länder

www.jedes-alter-zaehlt.de

Infoportal der Bundesregierung zur Demografiestrategie

www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=190288.html

Informationen des Bundesfamilienministeriums zum selbstbestimmten Leben im Alter

www.programm-altersbilder.de

Informationen zum Foto- und Videowettbewerb und zum Programm „Altersbilder“ des Bundesfamilienministeriums“

Sorge und Mitverantwortung

Der 7. Altenbericht der Bundesregierung nimmt die kommunale Politik für Ältere in den Fokus



Ein bisschen an die Hand nehmen, um sich einzubringen, und eine helfende Hand reichen: beides Zukunftsaufgaben für Städte und Gemeinden.

In der kommunalen Seniorenpolitik zeichnet sich ein Perspektivwechsel ab: von der klassischen Altenhilfe zu einer Politik von, mit und für ältere Menschen, die Engagementpotenziale einbezieht, auf Netzwerke setzt und auf die Selbst- und Mitverantwortung in „Sorgenden Gemeinschaften“.

Aber was macht zeitgemäße Seniorenpolitik in der Kommune aus? Dieser Frage geht der 7. Altenbericht unter dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ nach. Die Bundesregierung ist verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen Altenbericht vorzulegen. Er wird von einem unabhängigen Sachverständigenrat erstellt und enthält konkrete Handlungsempfehlungen. Vorsitzender der

zehnköpfigen Sachverständigenkommission ist der Direktor des Instituts für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Andreas Kruse.

Mehr Ältere, die ein längeres, aktives Leben führen, aber auch mehr Pflegebedürftige, die Unterstützung brauchen: Nimmt man dazu eine wachsende Vielfalt von Lebenslagen im Alter, ist in groben Strichen der Rahmen skizziert, in dem kommunale Politik für ältere

Menschen im demografischen Wandel gemacht wird. Die Kommission wird sich damit beschäftigen, wie die Kommunen das Potenzial älterer Menschen einbinden können: Teilhabe, Engagement, Mitgestaltung. Neben den Kommunen gestalten auch andere Akteure – Wohlfahrtsverbände oder Wohnungsgesellschaften, um nur zwei Beispiele zu nennen – lokale Bedingungen des Älterwerdens mit. Erfolgsvoraussetzungen von Vernetzung und Zusammenarbeit haben daher große Bedeutung im Arbeitsauftrag der Altenberichtscommission, etwa bei der Frage, welche Rolle das Zusammenspiel von Familie, Pflegekräften und Ehrenamtlichen bei der Pflege zu Hause spielen kann.

Im April 2015 wird die Kommission den Bericht fertigstellen. Bis dahin machen sich die Sachverständigen ihr Bild nicht zuletzt durch Arbeitsbesuche in Kommunen und durch Diskussionsveranstaltungen mit Seniorenorganisationen, den kommunalen Spitzenverbänden oder den Kirchen. Der 7. Altenbericht entsteht im Dialog – so wie zeitgemäße Seniorenpolitik auf Dialog und Beteiligung setzen muss.

Daten und Fakten

Die Mitglieder der Siebten Altenberichtscommission

Prof. Dr. Andreas Kruse (Vorsitzender), Direktor des Instituts für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber (Stellvertretende Vorsitzende), TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Prof. Dr. Monika Alisch, Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Thomas Klie, Evangelische Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Susanne Kümpers, Hochschule Fulda

Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Präsidiums des AWO-Bundesverbandes und des AWO-Bundesvorstands, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Leiter des Instituts für Nachhaltige Stadtentwicklung (INSE GmbH)

Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer, Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin

Prof. Dr. med. Kerstin Wessig, Evangelische Hochschule Darmstadt, Ludwig-Maximilians-Universität München, TU München, Evangelische Hochschule Darmstadt

 **Weiterführende Informationen:**
www.siebter-altenbericht.de

A photograph of Dr. Kristina Schröder, a German politician, sitting in a black office chair. She is wearing a dark blazer over a white collared shirt. Her hands are clasped in front of her, and she is looking slightly to the left of the camera with a thoughtful expression. The background is a blurred office setting with windows.

»Familien sind Verantwortungsgemeinschaften«

Was zeichnet eine gute Gesellschaftspolitik aus? Welche Bedürfnisse haben Jung und Alt und welche Rolle spielen die Kommunen dabei? Ein Gespräch mit Familienministerin Dr. Kristina Schröder.

Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Worauf wird es in den nächsten Jahren ankommen?

Zum einen wird es darauf ankommen, Familien zu stärken. Nicht nur, weil dort Kinder aufwachsen, sondern auch, weil Familien Verantwortungsgemeinschaften sind, in denen Menschen einander unterstützen. Zum anderen müssen wir das Wissen und die Lebenserfahrung der älteren Menschen viel stärker wahrnehmen und dafür Entfaltungsmöglichkeiten schaffen. Demografiepolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie stärkt Beziehungen zwischen Menschen und sichert Zusammenhalt und faire Chancen für Alt und Jung.

In der Demografiestrategie der Bundesregierung sitzen Sie u.a. der Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ vor, die sich vor allem mit der Situation in den Kommunen beschäftigt hat. Was können Städte und Gemeinden tun, um älteren Menschen ein langes, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen?

Viele ältere Menschen leben ein aktives Alter; sie wollen etwas für sich tun und übernehmen gleichzeitig Verantwortung für andere. Die meisten Anknüpfungspunkte dafür gibt es auf der lokalen Ebene. Um nur zwei herauszugreifen: Angebote, sich fit zu halten, und Möglichkeiten, sich zu engagieren. Und auch wenn sie Unterstützung und Pflege brauchen, wollen die meisten Älteren in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Städte und Gemeinden können dazu beitragen, dass es genügend altersgerechte Wohnungen und Hilfen im unmittelbaren Wohnumfeld gibt. Wenn in einer Kommune ein guter Zusammenhalt herrscht, eine Bereitschaft, einander zu helfen, Einrichtungen und Orte, wo diese Bereitschaft sichtbar und greifbar wird, dann entstehen Sorgen- und Gemeinschaften, in denen sich ältere Menschen ebenso entfalten können und aufgehoben fühlen wie jüngere.

Sie haben der Dimension „Zeit“ eine bedeutende Rolle in der Familienpoli-

tik gegeben. Wie können Kommunen junge Familien dabei unterstützen?

Familienalltag hat verschiedene Taktgeber. Ganz wichtig sind natürlich die Arbeitszeiten, die Betreuungszeiten im Kindergarten oder die Unterrichtszeiten in der Schule, aber auch die Öffnungszeiten von Geschäften und der Takt des öffentlichen Nahverkehrs. Kommunen können helfen, diese Zeiten aufeinander abzustimmen. Wenn das gelingt, haben Familien weniger Stress und gewinnen mehr Zeit für sich. Die Initiative „Neue Zeiten für Familie“ von 40 Großstädten gibt gute Beispiele dafür. Aachen etwa hat sich vorgenommen, die Wegezeiten für Pendler zu optimieren und für studierende Eltern die Schul- und Semesterferien besser abzustimmen.

Das Interview führte Carsten Köppl.

• Dr. Kristina Schröder ist seit 2002 Mitglied des Bundestages (CDU) und seit November 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Mehr
Generationen
Haus

Was ist ein Mehrgenerationenhaus?

Mehrgenerationenhäuser sind zentrale Begegnungsorte, an denen das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird. Sie bieten Raum für gemeinsame Aktivitäten und schaffen ein neues nachbarschaftliches Miteinander in der Kommune. Der generationenübergreifende Ansatz gibt den Mehrgenerationenhäusern ihren Namen und ist Alleinstellungsmerkmal jedes einzelnen Hauses: Jüngere helfen Älteren und umgekehrt.

Quelle: www.mehrgenerationenhaeuser.de

Knotenpunkte einer Sorgenden Gemeinschaft

Mit den Mehrgenerationenhäusern wurde das Modell der Großfamilie in die heutige Zeit übertragen. Hier bekommt jeder die Möglichkeit, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Anlässlich des zweiten Demografie-gipfels der Bundesregierung am 14. Mai 2013 in Berlin stellte Bundeskanzlerin Merkel gleich zu Beginn ihrer Rede die zentralen Fragen, die sich mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels aufdrängen: „Wie wollen wir das Mehr an Lebenszeit nutzen und wie wollen wir auf die Tatsache, dass wir weniger und vielfältiger werden, reagieren?“ Die aktuellen Zensusergebnisse haben es bestätigt: Heute schon sind 21% der Bevölkerung älter als 65 Jahre und 15,9 Millionen Menschen leben allein. In einigen Teilen der neuen Bundesländer muss beinahe jede zweite Schule geschlossen werden, weil dort nicht mehr genug Kinder leben. Diese Zahlen sind Beleg dafür, dass wir das Miteinander der Generationen über Familiengrenzen hinweg neu denken müssen.

Die erste und engste Gemeinschaft ist und bleibt die Familie. Hier unterstützten sich Alt und Jung gegenseitig

und engagieren sich ganz selbstverständlich füreinander. Man sorgt sich um den anderen und bildet so eine Gemeinschaft, in der sich jeder nach seinen Kräften einbringt. Die Frage für die Zukunft ist, ob es uns gelingen kann, diesen Zusammenhalt, der Familie als Gemeinschaft stark macht – zumindest in Teilen – auf größere Gemeinschaften zu übertragen. Und so das Leben und das Zusammenleben wieder oder noch attraktiver zu machen. Ziel dabei ist es nicht, die Familie zu ersetzen, sondern die Funktion der Familie auch für die Menschen nutzbar zu machen, die keine mehr haben oder z.B. wegen räumlicher Trennung eben nur eingeschränkt auf familiäre Bindungen zurückgreifen können. Mit den Aktionsprogrammen Mehrgenerationenhäuser I und II hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den vergangenen Jahren das Modell der früheren Großfamilie in unsere Zeit übertragen. Die bundesweit 450 Mehr-

generationenhäuser haben sich in den Kommunen zu zentralen Anlaufstellen für alle Altersgruppen entwickelt. In den sogenannten Offenen Treffs der Häuser findet Austausch und Begegnung der Generationen statt. Sie bieten zudem eine niedrigschwellige Möglichkeit der Teilhabe und des Freiwilligen Engagements: Rund 15.000 Freiwillige sind derzeit bundesweit in den Mehrgenerationenhäusern aktiv und arbeiten auf Augenhöhe mit den hauptamtlich Beschäftigten in der Konzeption und Umsetzung der 9.000 Angebote und Dienstleistungen, die die Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland für Menschen gleich welchen Alters oder welcher Herkunft bereithalten. Mehrgenerationenhäuser unterstützen mit ihren vielfältigen und bedarfsorientierten Aktivitäten und Leistungen die Kommunen bei einem effektiven und effizienten Sozialraummanagement. Präventive Unterstützungsangebote helfen so nicht selten, die Aufwände

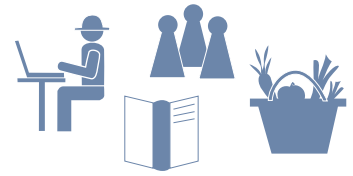
Bundesweit gibt es:



450 Mehrgenerationenhäuser



15.000 Freiwillige



9.000 Angebote und Dienstleistungen

für Sozialleistungen zu reduzieren und Kosten im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben einzusparen.

Gelebtes Für- und Miteinander in einer Sorgenden Gemeinschaft

Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung wurde das Leitbild einer Sorgenden Gemeinschaft entwickelt. Gemeint ist damit u.a. eine „bedarfs- und sachgerechte Sozialraumgestaltung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft“. Mehrgenerationenhäuser bieten in diesem Kontext schon heute eine verlässliche Infrastruktur, die generationenübergreifende Begegnung, Engagement und gesellschaftliche Teilhabe fördert. Die Häuser haben das Potenzial, sich zu Knotenpunkten in einer Sorgenden Gemeinschaft weiterzuentwickeln. Menschen im Übergang zwischen Beruf und Ruhestand werden hier vielfältige Möglichkeiten geboten, sich aktiv gesellschaftlich einzubringen und ihr Wissen und ihre Erfahrung an Jüngere weiterzugeben. Angehörige demenziell Erkrankter oder pflegebedürftiger Menschen erhalten Unterstützung und erfahren Entlastung. Durch Randzeit- und Notfallbetreuungsangebote für Kinder wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. Junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf werden durch Patenschafts- und Mentoringprojekte ganz individuell unterstützt. Dies sind nur ein paar Beispiele dafür, dass diese „bedarfs- und sachgerechte Sozialraumgestaltung“ in den Mehrgenerationenhäusern bereits gelebte Praxis ist. Die

Häuser bieten die „Rahmenbedingungen für die Entfaltung des Potenzials einer dem Menschen zugewandten Gesellschaft, in der man sich austauscht und gemeinsame Strategien für ein Miteinander der Generationen entwickelt. So entstehen Netzwerke, in denen Ressourcen gebündelt und durch starke Partner ergänzt und gefördert werden.

Mehrgenerationenhäuser sind Orte des Zusammenrückens, an denen jede und jeder die Möglichkeit bekommt, sich aktiv an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen oder sich die Hilfe zu holen, die sie oder er gerade benötigt. Hier treffen sich Menschen aller Altersgruppen und jeder Herkunft mit ihren Potenzialen und ihren Bedürfnissen und finden eine Sorgende Gemeinschaft, die ihre Lebensqualität verbessert.



Internet-Treff im Mehrgenerationenhaus Pattensen



Weiterführende Informationen:

www.mehrgenerationenhaeuser.de



Ehrenamtskoordinatoren und Tagescafés

In Deutschland wird 2020 rund ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Viele der „Älteren“ werden sich nach dem Berufsleben neu orientieren und einbringen wollen. Was können Städte und Gemeinden tun, um dieses Engagementpotenzial zu aktivieren?

Es sollte möglich sein, auf Wunsch länger im eigenen Beruf zu arbeiten, mit reduzierter Stundenzahl. Immer mehr Menschen werden im Alter auch hinzuverdienen müssen; d.h., dass regelmäßiges, dauerhaftes freiwilliges Engagement auch wenigstens minimal vergütet werden sollte. „Ehrenamtskoordinatoren“ sollten über den Bedarf bzw. das Angebot an Stellen informieren und bei Auswahl und Vermittlung behilflich sein.

Ältere Menschen wollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Mit welchen Maßnahmen kann dieser Wunsch ermöglicht werden?

Eine möglichst frühzeitige Anpassung der Wohnung ist anzustreben, nicht erst, wenn Pflegebedürftigkeit bereits eingetreten ist. In Zukunft sollte jeder

Deutschland wird zu einer Gesellschaft des langen Lebens! Dies erfordert ein Umdenken in den Kommunen. Ein Gespräch mit der BAGSO-Vorsitzenden Ursula Lehr.

Neubau „altengerecht“, d.h. barrierefrei oder zumindest barrierearm sein. Die Gerontologie, die Lehre vom Altern mit seinen möglichen Veränderungen, gehört in jede Studienordnung der Architekturstudenten.

Die Zahl von Demenzerkrankten und Pflegebedürftigen wird in den nächsten Jahren ansteigen. Wie können Städte und Gemeinden eine gesellschaftliche Partizipation auch der Hochaltrigen gewährleisten?

Erstens: Hochaltrigkeit und Demenz dürfen wir nicht gleichsetzen. Für Hochaltrige gilt es zunächst, die Verkehrsverbindungen anzupassen (Überdachung, Bänke an allen Haltestellen), brauchbare Bänke zum „Ausruhen zwischendrin“ in der Innenstadt, Ampelphasen, die auch einem Langsam-Gehenden das Überqueren der Straße erlauben. Ein Ausbau

der Hol- und Bringdienste, auch für Lebensmittel, ist wünschenswert.

Für Menschen, die an einer Demenz erkrankt sind, wären Tagescafés mit der Möglichkeit z.B. zu einfachen Brettspielen oder mit Anleitung zu künstlerischem Gestalten, Malen, Töpfern, sinnvoll. Auch Sport- bzw. Bewegungsmöglichkeiten (Tanz, Bewegungsspiele) sind günstig – allerdings ist hierzu eine geschulte Fachkraft notwendig.

Das Interview führte Carsten Köppl.

Prof. Dr. Ursula Lehr ist eine anerkannte Wissenschaftlerin auf dem Gebiet der Altersforschung. Von 1988 bis 1991 war sie Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Seit 2009 ist sie Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO).



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Behörden Spiegel